

**INTERPELLATION** von Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf) und Mitunterzeichnende  
betreffend Kostensteigerungen bei Fremdplatzierungen

---

Gemeinden ächzen unter einer weit überdurchschnittlichen Aufwandsteigerung bei ihren sozialen Aufgaben. Augenfällig sind die Aufwendungen bei den sog. Fremdplatzierungen und insbesondere den Heimplatzierungen. Manche Gemeinde musste schon wegen einer oder zwei Fremdplatzierungen den Steuerfuss erhöhen, anderen geht diese Aufwandsteigerung massiv ans Eigenkapital.

Sozialausgaben der genannten Art belasten den kommunalen Haushalt weit überdurchschnittlich, ohne dass die Gemeinden daran etwas ändern könnten. Hatte die Gemeinde Regensdorf 2002 noch 7,4 Mio. und 2008 noch 11,358 Mio. für Soziales ausgegeben, so sind für 2012 14,436 Mio. eingeplant. Gaben die 171 Zürcher Gemeinden 1986 noch 272 Franken pro Einwohner für Soziales aus, so waren es im Jahre 2010 durchschnittlich volle 964 Franken. Selbstverständlich haben sich in diesen 14 Jahren die Zeiten und die Ansprüche der Bevölkerung geändert, aber sicher nicht um 255%.

Wer Kritik an den Kosten anbringt, wird latent mit dem Vorwurf konfrontiert, man wolle fahrlässig die Entwicklung eines Kindes einer schweren Gefährdung aussetzen, dessen Abdriften in die Kriminalität oder gar dessen Tod in Kauf nehmen. Jegliche Hinweise auf exorbitante Kosten werden mit den Schlagworten «Kindwohl» und «Qualitätssicherung» kaltgestellt. So sehen sich die kommunalen Verwaltungen und Behörden genötigt, diese Kosten einfach hinzunehmen und abzusegnen. Offen bleibt jeweils auch, ob die jahrelangen teuren Investitionen in die Betreuung und Erziehung ihrer jungen Einwohner einen gesellschaftlichen Nutzen bringen.

Die Hochschulen für Soziale Arbeit verzeichnen eine stetige Zunahme an Abgängern. Diese begnügen sich nun offenbar nicht einfach mit einer kommunalen Verwaltungsaufgabe, sondern möchten in beratender Funktion an der Front tätig sein. Aus diesem Grund erhalten die kommunalen Sozialämter für ihre Bürotätigkeit kaum geeignete Bewerbungen, wogegen die sozialpädagogisch agierenden Institutionen stets mehr ausgebildete Sozialarbeiter einstellen.

Bei den folgenden Fragen werden keinesfalls pauschal die Gründe für eine Einweisung in solche Heime in Zweifel gezogen. Dass es Menschen in schwierigen sozialen und psychischen Lebenssituationen gibt, die Hilfe benötigen, und dass die Gemeinwesen entsprechende Einrichtungen zur Verfügung stellen müssen, ist unbestritten. Hier werden lediglich die Verhältnismässigkeit der finanziellen Belastung und die Kostensteigerung zur Sprache gebracht.

Bei den Einrichtungen handelt es sich um eine überschaubare Anzahl, so beispielsweise die Stiftung Albisbrunn, Tipi, Bussola in Zuckenriet, sozialpädagogische Wohngruppe Bachstei in Uster, Jugendwohngruppe Limmattal, sozialpädagogische Wohngruppe für junge Frauen Altenhof, Wohn- und Tagesstätte Heizenholz, Stiftung Schloss Regensberg, Zentrum Inselhof, Lehrlingshaus Eidmatt, sozialpädagogische Pflegefamilie Mülibach in Dussnang.

1. Auf welche rechtliche Grundlagen stützen sich die Kosten der Heim-/Fremdplatzierungen und wer bestimmt gestützt darauf die Tarife?

2. Bitte um Aufschlüsselung der Gesamtkosten für eine Platzierung in den oben genannten Institutionen in Bundesbeitrag, Kantonsbeitrag, Gemeinde- und Schulgemeindebeitrag bzw. Kosten pro Tag und Person, so wie dies das Gfellergut in den Tagestaxen 2011 auf ihrer Homepage aufschlüsselt oder das Monikaheim ebenso weitgehend transparent macht.
3. Wie hoch waren die vollen Kosten pro Tag und Klient aus öffentlichen Kassen aller Stufen (Gemeinden, Kanton, Bund) im Jahre 2002, wie hoch im Jahr 2008 für die oben genannten Institutionen?
4. Wie viele Einweisungen haben die 171 Zürcher Gemeinden in den Jahren 2002, 2008 und 2010 angeordnet?
5. Punkto Kostensteigerung: Welche Gründe gibt es für die massiv gestiegene Belastung der Steuerzahlenden durch diese Platzierungen?
6. Die Hochschule für Soziale Arbeit bildet die entsprechenden Fachpersonen aus. Obwohl die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren um rund 13% zugenommen hat und die Sozialhilfequoten nur marginal gestiegen sind, weist diese Kadenschmiede für Sozialarbeiter jedes Jahr höhere Abgängerzahlen aus. Wie viele Personen haben diese Ausbildung in den letzten 10 Jahren absolviert, aufgeschlüsselt nach Jahr?
7. In wie vielen Fällen bzw. bei wie viel Prozent der eingewiesenen Zürcher in diese Einrichtungen sind die Eltern nicht von Transfereinkommen (Sozialversicherungen, Fürsorge, Asyl) abhängig?
8. In wie vielen Fällen von Einweisungen wurde ein Elternbeitrag erhoben? In wie vielen nicht?
9. Welche Alternativen sieht der Regierungsrat, um diese Steigerung und Belastung zu stoppen?

Barbara Steinemann

H.-P. Amrein	M. Arnold	E. Bachmann	E. Bollinger	A. Borer
P. Dalcher	K. Egli	M. Haab	L. Habicher	W. Haderer
M. Hauser	R. Isler	W. Langhard	Ch. Lucek	R. Menzi
P. Preisig	G. Rutz	R. Schmid	J. Schneebeil	B. Stiefel
R. Stucker	A. Suter	B. Walliser	O. Wyss	H. Züllig
K. Zweifel				